

Der Hürdenlauf geht weiter

Wie schon aus der Tagespresse zu entnehmen war, haben wir es auch im 3. Anlauf trotz sehr guter Trainingsvorbereitungen nicht geschafft, die letzten bzw. die neuen Hürden zur Errichtung einer Gesamtschule in Alfter zu nehmen.

Hier ein paar Hintergrundinformationen dazu:

Die Gemeinde Alfter hatte Mitte September 2009 einen Antrag bei der Bezirksregierung gestellt, zum kommenden Schuljahr im Gebäude der jetzigen Hauptschule eine Gesamtschule errichten zu dürfen. Trotz mehrfacher Bemühungen, sogar durch den Innovationsminister und Alfterer Bürger Andreas Pinkwart selbst, die Bezirksregierung zu einer möglichst raschen Antragsbearbeitung zu bewegen, erhielt die Gemeinde erst Anfang Januar einen Zwischenbescheid. Dort hieß es, dass aufgrund der vorgelegten Prognosezahlen und der mangelnden Finanzkraft der Gemeinde die Bezirksregierung die Genehmigung derzeit nicht in Aussicht stellen kann. Dreieinhalb Monate hatte die Bezirksregierung gebraucht, um etwas festzustellen, das Herr Lindlar schon beim Spargelessen im Mai zuvor wusste. Dort teilte er nämlich der Alfterer Schulausschussvorsitzenden mit, dass Alfter doch gar nicht das Geld zur Errichtung einer Gesamtschule hätte. Und der Wirtschaftskrise sei's gedankt ist Alfter auch tatsächlich seit diesem Jahr im Nothaushalt, so dass eine freiwillige Errichtung einer Gesamtschule wohl nicht mehr in Frage kommt.

Doch zur Zeit ist die Errichtung einer Gesamtschule in Alfter keine freiwillige, sondern eine Pflichtaufgabe für die Gemeinde. Im Rahmen einer offiziellen Elternbefragung im Juni 2009 wurde in allen drei befragten Grundschuljahrgängen ein gemeindeeigenes Bedürfnis nach einer Gesamtschule festgestellt, sprich jeweils über 112 Alfterer Eltern (also ca. 60% eines Jahrganges) haben ihr Interesse an einer Gesamtschule in Alfter angemeldet. Doch dieser Elternwille, der nach den Vorgaben des Gesetzes durch eine aufwändige Befragung eines renommierten Planungsbüros für Schulentwicklung festgestellt wurde, scheint für die Bezirksregierung völlig irrelevant zu sein. Sie begründet ihre ablehnende Haltung allein damit, dass an vergleichbaren Standorten höchstens 40% eines Jahrganges zur Gesamtschule wechseln, in Alfter aber ca. 50 % von Nöten wären, um ein gemeindeeigenes Bedürfnis begründen zu können. Dass an den genannten Standorten die Hälfte oder sogar noch mehr Kinder eines Jahrgangs gern auf die Gesamtschulen gehen würden, aufgrund von Platzmangel aber abgewiesen werden müssen, scheint den Entscheidungsträgern innerhalb der Bezirksregierung entgangen zu sein.

Wenn der Wille der Eltern nicht mehr ein maßgeblicher Bestandteil für die kommunale Schulentwicklungsplanung sein soll, muss sich die Landesregierung nun endlich mal die Mühe machen, die entsprechenden Gesetze dahingehend zu verändern. Denn noch haben laut Schulgesetz (§ 1) die Eltern das Recht, den Bildungsweg ihrer Kinder zu bestimmen, und der Elternwille muss laut § 78 neben dem Schüleraufkommen bei der Feststellung eines Bedürfnisses berücksichtigt werden. Wenn diese leidigen Paragraphen im Schulgesetz gestrichen würden, hätten die Kommunen endlich Ruh vor aufmüpfigen Eltern, denen keine bestehende Schule gut genug ist für ihre lieben Kleinen. Außerdem könnten sie eine Menge Zeit, Geld und Arbeitskraft sparen, indem nicht mehr Hunderte von Eltern nach ihrem Willen gefragt werden müssten, sondern die Schulentwicklungsplanung durch einen Anruf bei der Bezirksregierung oder am besten gleich dem Schulministerium zu erledigen ist. Und die Bezirksregierung müsste sich auch nicht mehr mit klagenden Eltern und Kommunen rumärgern und dann wohl möglich auch noch der Gründung von Gesamtschulen per Gerichtsbeschluss zustimmen, obwohl doch nach eingehender Prüfung beim besten Willen keine Genehmigung möglich war.

Aber es sind ja bald Wahlen und ich gehe fest davon aus, dass bei dieser Bürgerbefragung auch die Interessensbekundungen der Eltern Berücksichtigung finden werden.

Martina Salchow, www.gesamtschule-alfter.de